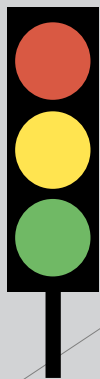


# 'Mecoskop' analysiert Umsetzung der Koalitionsaussagen zur nachhaltigen Entwicklung:

## FORTSCHRITTE IN WICHTIGEN POLITIKBEREICHEN – ABER (NOCH) KEINE ZUKUNFTSVISION FÜR UNSER LAND



# MECOSKOP

Gemengen UmweltInfo 7/2016

In der Hälfte der Legislaturperiode zieht der Mouvement Ecologique Bilanz:  
Wie steht es in Luxemburg mit der Umsetzung der Koalitionsversprechen?  
Welche (gesellschafts-)politische Analyse leitet der Mouvement Ecologique daraus ab?

Beim 'Mecoskop' - das auf einer spezifischen zweisprachigen Internetseite ([www.mecoskop.lu](http://www.mecoskop.lu)) basiert - übernahm der Mouvement Ecologique 114 Aussagen aus dem Koalitionsabkommen der Luxemburger Regierung, welche die nachhaltige Entwicklung betreffen und nach Ansicht des Mouvement Ecologique besonders bedeutungsvoll sind. Er soll ein sachlicher Gradmesser der Umsetzung dieser Regierungsversprechen sein.



## **Fortschritte in wichtigen Politikbereichen – aber (noch) keine Zukunftsvision für unser Land**

---

Der Mouvement Ecologique hat, wie auch in der vergangenen Legislaturperiode, zentrale Aussagen (insgesamt 114) aus dem Koalitionsabkommen der aktuellen Regierung im Themenbereich nachhaltige Entwicklung aufgegriffen und verfolgt deren Stand der Umsetzung.

Es drängt sich nun auf, in der Hälfte der aktuellen Legislaturperiode den Stand der Umsetzung zu analysieren und eine Einschätzung der Regierungsarbeit sowie der Erwartungen an die zweite Hälfte der Legislaturperiode zu formulieren.

Dies erfolgt im Rahmen der Internetseite [www.mecoskop.lu](http://www.mecoskop.lu), die den Stand der Umsetzung progressiv und so objektiv wie möglich dokumentiert.

Wobei hervorgehoben sei, dass der Mouvement Ecologique den Stand der Umsetzung - nach bestem Wissen - aufgrund der ihm verfügbaren Informationen darlegt. Es wird sicherlich so sein, dass in dem einen oder anderen Bereich der Mouvement Ecologique nicht über den letzten Wissensstand verfügt. Als Umweltgewerkschaft kann man sich nur auf nach außen verfügbare Daten basieren. Außerdem dürfte eine kleine Abänderung an der einen oder anderen Einschätzung nichts an der grundsätzlichen Analyse ändern.

Eine Übersicht der Regierungsversprechen in den verschiedenen Themenbereichen der nachhaltigen Entwicklung ergibt folgendes Bild:

.....

**Zäitschrëft fir de Mënsch a seng Ëmwelt**

erausgi vun dem Mouvement Ecologique asbl Lëtzebuerg  
Tel. 43 90 30-1 – Fax 43 90 30-43  
CCPL: LU16 1111 0392 1729 0000  
e-mail: [meco@oeko.lu](mailto:meco@oeko.lu)  
[www.meco.lu](http://www.meco.lu)  
Mouvement Ecologique asbl

**Sekretariat: 6, rue Vauban (Pafendall) – Lëtzebuerg**  
Gréngen Telefon: 43 90 30-1

**Permanence:**  
Méindes bis Donneschdes 8-12 a 14-17 Auer  
Freides 8-12 Auer, Nomëttes zou

**Fir Mëmber ze ginn:**  
Per Telefon oder schrëftlech Statuten,  
Dépliant a Bäitrëtsformular ufroen.

**Cotisioun:**  
50 € Einzelmember,  
75 € Haushaltsmemberschaft,  
20 € Studenten an Aarbechtsloser.  
De Kéisécker-Info an d'Sondernummeren  
sinn an der Cotisioun abegraff!

.....

# Nachhaltige Entwicklung - auch diese Regierung tut sich schwer...

## Nicht angegangen

- Nachhaltigkeitscheck von Regierungsentscheidungen (4)
- Debatte über Entwicklung des Landes – Erstellung von „Wohlstandsindikatoren“ (5)
- Erstellung eines „code de l’environnement“ (99)
- Reform des Umweltfonds (101)

## Erste Phase der Umsetzung

- Förderung des „Open government“ (2)
- Verbesserung des Zugangs zu Informationen im Umweltbereich (1)
- Umsetzung des zweiten nationalen Aktionsplanes für nachhaltige Entwicklung (3)
- Nachhaltigkeitsaspekte bei der Steuerreform berücksichtigen (6)
- Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien bei öffentlichen Ausschreibungen (8)
- Millenniumziele und nachhaltige Entwicklung verknüpfen (9)
- Ausbildung von Moderatoren für die Bürgerbeteiligung (17)
- Erstellung modellhafter Lastenhefte im Baubereich (100)

## Zweite Phase der Umsetzung

- Konsummodelle hinterfragen (7)

Es obliegt vor allem dem Nachhaltigkeitsministerium grundsätzlichere Initiativen im Sinne der nachhaltigen Entwicklung in die Wege zu leiten: Erstellung von Wohlstandsindikatoren (als „Pendant“ zum Bruttosozialprodukt), Umsetzung des nationalen Aktionsplanes für nachhaltige Entwicklung, Nachhaltigkeitscheck von Regierungsentscheidungen, Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten bei der Steuerreform, Verknüpfung der Millenniumziele mit der nachhaltigen Entwicklung, Hinterfragen von Konsummodellen, Debatte über die Entwicklung des Landes (mit Berücksichtigung des ökologischen Fußabdrucks)...

Leider ist kaum ein Vorankommen in diesen zentralen, grundsätzlicheren Fragestellungen zu erkennen. Die Debatte über die allgemeine Entwicklung des Landes erfolgte bis dato nur begrenzt mit dem im Regierungsabkommen angegebenen Anspruch der nachhaltigen Entwicklung, über die Erstellung von Wohlstandsindikatoren gibt es keine Informationen, der versprochene Nachhaltigkeitscheck von Regierungsentscheidungen scheint in dieser Legislaturperiode nicht mehr aktuell zu sein. Das

Ministerium unterstützt jedoch verstärkt Initiativen, die neue Gesellschaftsmodelle fördern (wie z.B. CELL oder Transition Town). Eine weitergehende regelrechte Strategie betreffend das Hinterfragen von Konsummodellen ist noch nicht erkennbar. Jedoch hat das Ministerium rezent im Regierungsrat Ideen zur Verknüpfung der Millenniumziele mit denen der nachhaltigen Entwicklung eingereicht, und somit die Regierungskollegen mit in die Verantwortung genommen. Und dem Aspekt der Regierungsverantwortung kommt gerade im Bereich „nachhaltige Entwicklung“ eine besondere Bedeutung zu: das Nachhaltigkeitsministerium allein kann dem Regierungsanspruch nicht gerecht werden, gefordert ist die gesamte Regierung!

**Es ist bedauerndwert, dass gerade bei den Instrumenten zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung substantielle Defizite bestehen. Deren Umsetzung wäre von großer Bedeutung, um eine Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in die verschiedenen Politikbereiche zu erhalten. Insofern besteht hier absoluter Handlungsbedarf für den zweiten Teil der Legislaturperiode.**



# Förderung der partizipativen Demokratie - auf zaghafte Ansätze muss ein Paradigmenwechsel erfolgen

## Nicht angegangen

- Vereinfachung der Prozedur zur Schaffung einer parlamentarischen Enquête-Kommission (13)
- Reform der Gesetzgebung betreffend Stiftungen und NGOs (15)

## Erste Phase der Umsetzung

- Verbesserung des Zugangs zu Informationen im Umweltbereich (1)
- Förderung des „Open government“ (2)
- Förderung der «démocratie participative» (10)
- Verbesserung des Zugangs zu Informationen (11)
- Verbesserung der Arbeitsweise der Abgeordnetenversammlung (14)
- „Réforme et simplification administrative“ im Respekt von Natur und Umwelt / der BürgerInnen (16)
- Ausbildung von Moderatoren für die Bürgerbeteiligung (17)
- Politische Bildung (20)
- Verstärkte Einbindung der BürgerInnen im Rahmen der kommunalen Planung (25)

## Umgesetzt

- Erstellung von «Deontologiekodex» (12)



Die Regierung, vor allem das Nachhaltigkeitsministerium, organisiert verstärkt Informationsveranstaltungen, was positiv zu werten ist. Der Deontologiekodex für Abgeordnete und Regierungsmitglieder wurde erstellt; der Entwurf des Gesetzesprojektes zum freien Zugang zu Informationen, der 2016 vorgelegt wurde, ist sonder Zweifel von einer besseren Qualität, als jener der vergangenen Regierung (auch wenn er weiterhin stark verbesserungsbedürftig ist).

Und doch: gerade in diesem Bereich liegt die Regierung in der Hälfte der Legislaturperiode weit hinter den Erwartungen: Gerade sie war angetreten, um auf demokratischer Ebene für „frischen Wind“ zu sorgen. Der, im Koalitionsabkommen formulierte Anspruch «*Le Gouvernement entend renforcer l'association des citoyens à la vie politique*

*et promouvoir la démocratie participative*» wurde nach Ansicht des Mouvement Ecologique bis dato noch nicht erfüllt.

Im Rahmen der „simplification administrative“ wurden Bürgerrechte sicherlich bis dato nicht ausgeweitet (eher reduziert), dies betrifft ebenfalls die Einbindung der BürgerInnen in die kommunale Planung.

**Demnach: es obliegt der Regierung in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode für den versprochenen demokratischen Aufschwung zu sorgen.**



# Bildung für nachhaltige Entwicklung: erste Akzente, Umsetzung der Gesamtstrategie im "stand by"

## Nicht angegangen

- Beteiligung der SchülerInnen verstärken (19)
- Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (21)

## Erste Phase der Umsetzung

- Brücken zwischen Schule und Gesellschaft bauen (18)
- Politische Bildung (20)

Vom Erziehungs- und Jugendministerium wurden erste Weichen für eine verstärkte politische Bildung im Besonderen im non-formalen Bereich gesetzt, dies durch die Schaffung eines Zentrums für politische Bildung. Erst die Reform der Sekundarschulen wird allerdings zeigen, in wiefern dies sich im schulischen Bereich auswirkt, u.a. auch was die Rahmenbedingungen für eine verstärkte Beteiligung der SchülerInnen an Meinungs- und Entscheidungsprozessen bzw. die in Aussicht gestellte größere Autonomie der Gebäude anbelangt.

Eine Umsetzung des Luxemburger Aktionsplanes „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ in Schulprogrammen oder Weiterbildung von Multiplikatoren lässt jedoch weiter auf sich warten.

**Angesichts der Herausforderungen der weltweiten Globalisierung, der aktuellen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme sowohl auf europäischer wie Luxemburger Ebene werden Brücken zwischen Schule und Gesellschaft immer wichtiger. Ob die dafür notwendige Öffnung der Schule derzeit in genügendem Ausmaß erfolgt, ist noch fraglich.**

# Landesplanung - Warten auf das neue Landesplanungsgesetz und die sektoriellen Pläne

## Nicht angegangen

- Förderung der zentralen Orte (22)

## Erste Phase der Umsetzung

- Durchführung einer Reform der Gemeindefinanzen (23)
- Verstärkte Einbindung der BürgerInnen im Rahmen der kommunalen Planung (25)
- Umsetzung der „sektoriellen Pläne“ im Sinne der Landesplanung (26)
- Förderung der regionalen Syndikate betreffend Aktivitätszonen (27)
- Anbindung von neuem Wohnraum an den öffentlichen Transport (28)
- Ausweisung von schutzwürdigen landwirtschaftlichen Flächen (29)

## Zweite Phase der Umsetzung

- Fortentwicklung der Naturparke (24)

Das Landesplanungsministerium hat zu Beginn der Legislaturperiode die seit langem erwarteten Entwürfe der sektoriellen Pläne der Landesplanung vorgelegt (und auch transparent vermittelt bzw. mit Gemeinden und Akteuren offen darüber diskutiert!), sie werden derzeit überarbeitet; das Innenministerium arbeitet ebenfalls an der seit Jahren überfälligen Reform der Gemeindefinanzen, die auch auf landesplanerischer Ebene so prägend sein wird; die Idee der Naturparke als regionale Entwicklungsinstrumente wird von der Regierung weiter verfolgt.

rates im Landesplanungsbereich dürfte die Situation noch erheblich erschweren.

**Es ist Bewegung in eine Reihe von Dossiers gekommen, der Wille der Regierung landesplanerisch zu handeln, ist unverkennbar. Die eigentliche Einschätzung der Qualität der Arbeit der Regierung wird jedoch von dem neuen Landesplanungsgesetz sowie den überarbeiteten sektoriellen Plänen der Landesplanung abhängen, die Ende 2016 vorgelegt werden sollen.**

Insofern tut sich etwas. Allerdings wurde der Dynamik in der Landesplanung ein gewisser Riegel vorgeschoben, als juristische Probleme bei der Umsetzung der sektoriellen Pläne auftauchten, die nun eine gewisse Umorientierung erfordern. Das rezente Gutachten des Staats-



# Wohnungsbau und Denkmalschutz: noch ein weiter Weg zum Erreichen der Ziele

## Nicht angegangen

- Reform der Grundsteuer (34)

## Erste Phase der Umsetzung

- Anbindung von neuem Wohnraum an den öffentlichen Transport (28)
- Reform des Denkmalschutzgesetzes (30)
- Respekt von Denkmalschutzkriterien bei der Altbausanierung und dem Neubau (31)
- Stärkere Verantwortung der öffentlichen Hand im Wohnungsbaubereich (32)
- Verstärkte Mobilisierung von Bauland (33)

Die personellen Veränderungen im zuständigen Ministerium waren einer zügigen Umsetzung der Regierungsversprechen nicht gerade förderlich.

Nach anfänglicher „Aufbruchstimmung“, u.a. durch die „assises“ im Denkmalschutzbereich, scheint die Reform des Denkmalschutz-Gesetzes nicht richtig voranzuschreiten. Generell dringt recht wenig über Denkmalschutzaktivitäten der Regierung nach außen.

Im Wohnungsbau wurden rezent eine Reihe von Initiativen angekündigt, wie z.B. ein reduzierter Steuersatz während einer gewissen Zeitspanne beim Verkauf von Bauland. Positiv ist, dass die Mobilisierung von Industriebrachen für Wohnungsbauzwecke - so wie vom Mouvement Ecologique gefordert - zur Priorität erklärt wurde. Mit Spannung wird der sektorielle Plan „Wohnungsbau“ erwartet. Problematisch zu werten ist die Idee der Baulandverträge, die riskieren zu einer Erweiterung der Bauperimeter zu führen, ohne dass die verfügbaren Flächen

innerhalb dieser Perimeter in zufriedenstellendem Ausmaß valorisiert wurden.

Eine reelle Strategie zur Mobilisierung von ausgewiesenem Bauland innerhalb der Bauperimeter (statt einer Ausweitung derselben) ist zudem noch nicht erkennbar; Ansätze zur Reform der Grundsteuer sind nicht bekannt ...

**Die Regierung dürfte angesichts des Drucks am Wohnungsmarkt - an ihren Initiativen in Sachen Wohnungsbau gemessen werden. Es besteht weiterhin ein erheblicher Erwartungsdruck.**



# Nachhaltige Gemeindepolitik - frische Brise aber...

## Erste Phase der Umsetzung

- Reform des Innenministeriums durchführen (35)
- Überarbeitung der Gemeindeaufgaben (36)
- Reform der Gemeindefinanzen angehen (37)
- Förderung der Großregion (38)

Die Reform der Gemeindefinanzen wurde (endlich) angegangen, nachdem diese Reform seit Jahren, ja Jahrzehnten, überfällig ist. Auch wurden endlich die überholten Distriktskommissariate abgeschafft.

Allerdings lassen die Förderung der Großregion, eine offene Diskussion über die Gemeindeaufgaben - über die Gemeindefinanzreform hinaus - sowie eine Reform der Strukturen des Innenministeriums nach wie vor auf sich warten. Außerdem offen-

baren eine Reihe von Dossiers - wie z.B. das Omnibusgesetz -, dass es Diskussionsbedarf über die Rolle und Ausrichtung des Ministeriums in Sachen Landesplanung u.a.m. gibt.

**Demnach: Anfänge sind gemacht, zahlreiche Dossiers liegen an und die grundsätzliche Ausrichtung des Ministeriums in gesellschaftlichen Fragen dürfte in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode besonders spannend werden.**





## Naturschutzpolitik und Landschaftsschutz - gute Akzente, Nachholbedarf bei grundlegenden Reformen

### Nicht angegangen

- Verbesserung der Strukturen im Naturschutzbereich (39)
- Umsetzung der „Convention de Florence“ (42)

### Erste Phase der Umsetzung

- Durchführung der Reform des Naturschutzgesetzes (41)
- Naturschutz und Landwirtschaft zusammenbringen (44)

### Zweite Phase der Umsetzung

- Förderung einer nachhaltigen Waldwirtschaft (40)
- Überarbeitung und Umsetzung des „Nationalen Aktionsplanes Naturschutz“ (43)
- Umsetzung des neuen Jagdgesetzes (45)

Das Nachhaltigkeitsministerium arbeitet recht konsequent an der Umsetzung der Koalitionsvorgaben, u.a. wird ein Aktionsplan zur Förderung der nachhaltigen Waldwirtschaft erstellt, der nationale Aktionsplan Naturschutz wird überarbeitet, ebenso erfolgt die Umsetzung des neuen Jagdgesetzes.

Die Qualität der Naturschutzpolitik wird jedoch in wesentlichem Ausmaß vom Entwurf des neuen Naturschutzgesetzes abhängen, das nach Ansicht des Mouvement Ecologique bereits seit langem vorliegen sollte und nun gemäß Regierungsaussagen endlich vor den Sommerferien deponiert werden soll.

Essentiell sind zudem zwei zentrale Defizite in der heutigen Naturschutzpolitik, die gemäß Koalitionsabkommen in Angriff genommen werden sollten, jedoch bis dato noch nicht zufriedenstellend angegangen wurden: „Naturschutz und Landwirtschaft“ zusammenbringen sowie die Verbesserung der Strukturen im Naturschutzbereich gewährleisten.

Die heutigen Strukturen im Naturschutzbereich - die Aufteilung von Aufgaben zwischen Ministerium, Verwaltung, Syndikaten und Gemeinden – sind in der Tat nach wie vor unzufriedenstellend. Dies trifft ebenso für die Kohärenz zwischen Naturschutz- und Landwirtschaftspolitik zu, die in der ersten Hälfte der Legislaturperiode keinen Fortschritt erfuhr.

Dabei hängt gerade von diesen beiden Maßnahmen der Erfolg der Naturschutzpolitik ab, sie werden entscheidend für die Bewertung der Regierungsarbeit sein.



# Mobilität - zentrale Fortschritte auf Infrastrukturebene, vieles bleibt angesichts der Herausforderungen zu tun

## Nicht angegangen

- Fortentwicklung des Verkehrsverbundes (53)

## Erste Phase der Umsetzung

- Anbindung von neuem Wohnraum an den öffentlichen Transport (28)
- Förderung der sanften Mobilität (47)
- Verbesserung der grenzüberschreitenden Mobilität (50)
- Verstärkter Bau von P&R-Anlagen (51)
- Ausbau des Car-sharings (52)
- Förderung der „Intermodalität“ (54)
- Erstellung von Mobilitätskonzepten für Betriebe (55)
- Begrenzung der Nachtflüge – Erstellung von Lärmaktionsplänen „Flughafen“ (57)

## Zweite Phase der Umsetzung

- Ausbau der Infrastrukturen (48)
- Bau der modernen Stadtbahn und Verbesserung des öffentlichen Transportes (49)
- Verstärkte Förderung des Güterverkehrs (56)

## Umgesetzt

- Schaffung einer Abteilung „Mobilitätsplanung“ (46)



Im Nachhaltigkeitsministerium wurde eine Dienststelle für sanfte Mobilität geschaffen, der Bau der modernen Stadtbahn geht zügig voran, der Güterverkehr wird mittels multimodaler Plattform gefördert, die Schieneninfrastruktur wird ausgebaut (z.B. „Arrêt Kirchberg / Pfaffenthal“), „Park and Ride“-Anlagen an den Grenzen geplant, ein einheitlicher Tarif für Grenzgänger diskutiert...

Es ist natürlich noch ein weiter Weg bis die Vielfalt der Koalitionsaussagen in ihrer ganzen Breite umgesetzt wurden: auf der Ebene der Förderung der sanften Mobilität tut sich vor Ort noch recht wenig, auch beim Ausbau des Carsharings muss noch „e Krack beigeluecht ginn“, eine Fortentwicklung der Arbeiten des Verkehrsverbundes erfolgt in begrenztem Ausmaß, innovativere Projekte (wie Mobilitätskonzepte für Betriebe) schreiten auch ob aufgrund Personalmangels nicht schnell genug voran. Nach Ansicht des Mouvement Ecologique ist ein zügigeres Angehen von regionalen Mobilitätskonzepten (mit Beteiligung der Gemeinden und der BürgerInnen) sowie die angekündigte Reorganisation des öffentlichen Transportes über Land von großer Dringlichkeit.

Auch wenn durchaus Fortschritte in der Zusammenarbeit auf der Ebene der Großregion erkennbar sind, bleiben auch hier nach wie vor substantielle Defizite.

**Nachdem in der ersten Phase der Bau der modernen Stadtbahn und zentrale Schieneninfrastrukturen vorangetrieben wurden, Kooperationen in der Großregion sowie mit Gemeinden verbessert wurden ... gilt es nunmehr in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode diese Kooperationen mit doppelter Schlagkraft anzugehen, an den multimodalen Plattformen zu arbeiten (sie stellen das Rückgrad der Mobilität dar und sind auch entscheidend für den Erfolg einer modernen Stadtbahn), konsequent den öffentlichen Transport auszubauen, die sanfte Mobilität (und vor allem den Fußverkehr) über Land zu verbessern sowie sanfte Mobilitätsformen zu fördern (Stichwort Mobilitätskonzepte u.a.m.) sowie den Verkehrsverbund noch effizienter zu gestalten, damit er auch seine Aufgaben besser übernehmen kann.**





# Energiepolitik und Klimaschutz: vielversprechender Anfang, es wartet noch viel Arbeit

## Nicht angegangen

- Erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten für Immobilienbesitzer bei Sanierungsarbeiten (65)
- Ausarbeitung eines Nationalen Aktionsplans "Anpassung an den Klimawandel" (75)
- Gemeinden noch stärker als Akteure im Energiesektor anerkennen (76)

## Erste Phase der Umsetzung

- West- und Zentraleuropa zum Vorreiter in Sachen "erneuerbare Energien" machen (60)
- Energieeffizienz und Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe stärken (61)
- Förderung von Energiekooperativen (63)
- Schaffung einer Klimabank zur Vorfinanzierung von Energiesparmaßnahmen (64)
- Eingliederung von Energieaspekten in öffentliche Ausschreibungen vorantreiben (68)
- Einnahmen des Tanktourismus neuer Verwendung zuführen (69)
- Zugriff auf Agrokraftstoffe hinterfragen (70)
- Umsetzung und Evaluierung Nationaler Aktionsplan Klimaschutz (74)

## Zweite Phase der Umsetzung

- Nein zu Atomkraft (58)
- Förderung der erneuerbaren Energien in Luxemburg (62)
- Förderung der Energieeffizienz (66)
- Energieeffizienz im Wohnungsbau fördern (67)
- Energetische Sanierung staatlicher Gebäude (71)
- Klimaschutz und Energieeffizienz / Erneuerbare auf europäischer Ebene vorantreiben (72)
- Ausbau der Aktivitäten von MyEnergy (77)
- Förderung der Elektromobilität & der Erdgastankstellen (78)

## Umgesetzt

- Keine Fracking-Gas-Förderung in Luxemburg (59)
- Reform des Kyoto-Fonds (73)

Sowohl in Sachen Klimaschutz wie auch bei der Energiepolitik hat die aktuelle Regierung so Manches angepackt, wenn auch viele selbstauferlegte Aufgaben noch nicht abgeschlossen sind.

Positiv zu vermerken ist sicherlich, dass die Regierung weiterhin der europäischen Atomlobby gegenhält sowie das umstrittene Fracking verurteilt. Die Rolle, die Luxemburg während der EU-Präsidentschaft übernommen hatte und die u.a. zum Pariser Klimaabkommen geführt hat, muss gelobt werden. Bei der Förderung der Ener-

gieeffizienz sowie der erneuerbaren Energien wurden Akzente gesetzt, allerdings wäre bei der Umsetzung der Energieeffizienz-Richtlinie durchaus noch mehr drin gewesen, respektiv fehlen noch wichtige Bausteine zu einer kompletten, nachhaltigen Energiestrategie.

Ganz oben auf der Mankoliste stehen der nationale Anpassungsplan an den Klimawandel und die angekündigten, erweiterten Abschreibungsmöglichkeiten bei energetischen Sanierungen von Mietwohnungen. Über so wichtige Dossiers wie jene

der Klimabank zwecks vergünstigter Kredite für finanzschwache Haushalte oder der Stärkung der Energieeffizienz und Wettbewerbsfähigkeiten der Betriebe gibt es –bis dato nur spärliche Informationen.

**Insofern kann man sagen: der gemachte Anfang ist vielversprechend, aber bis zum Ende der Legislaturperiode wartet nach viel Arbeit auf die involvierten Ministerien, allen voran Wirtschaft/Direction de l'Énergie und das Nachhaltigkeitsministerium.**



# Wirtschaftspolitik - Ansätze, die mit doppelter Schlagkraft vorangetrieben werden müssten

## Nicht angegangen

- Erstellung eines „PIB du bien-être“ (79)

## Erste Phase der Umsetzung

- Förderung der Umwelttechnologien im Bausektor (80)
- Kohärentere Planung von Aktivitätszonen (81)
- Schaffung von „green jobs“ (82)

## Zweite Phase der Umsetzung

- Förderung von nachhaltig orientierten Tourismuszweigen (83)

Auch wenn die Initiative nicht im Koalitionsabkommen vorgesehen war, versucht die Regierung mit dem Rifkin-Prozess die Luxemburger Wirtschaft fitter für die Zukunft zu gestalten und in diesem Zusammenhang ebenfalls gewisse Forderungen im Bereich nachhaltige Entwicklung (Stichwort: dezentrale Energiewirtschaft, Gemeinwohliniitiven, Dezentralisierung von Aktivitäten...) anzugehen. Die Frage, welches Wachstum wünschenswert und aus Nachhaltigkeits-sicht vertretbar ist, wird dabei allerdings kaum angegangen, wurde allerdings auch nicht im Koalitionsabkommen versprochen.

Das angekündigte „PIB du bien-être“ wäre jedoch ein wichtiges Instrument in diesem Sinne, da es den Fokus vom Brutto-sozialprodukt - das auf Wachstum ausgerichtet ist - auf andere Wohlfandsfaktoren richten würde. Leider scheint dieses „PIB du bien-être“ aber kaum voranzukommen. Das Ministerium hat die Thematik der „Green jobs“ und der „circular economy“ konsequent aufgegriffen.

**Auf zahlreichen Ebenen scheint man sich deshalb eher in der konzeptionellen Phase zu befinden, konkrete Schritte müssen noch folgen.**

# Umweltpolitik - nach langen Vorarbeiten muss nun Konkretes erfolgen!

## Nicht angegangen

- Erstellung eines „code de l'environnement“ (99)
- Reform des Umweltfonds (101)
- Verbesserung der Stationen zur Erfassung der Luftbelastung (102)

## Erste Phase der Umsetzung

- Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien bei öffentlichen Ausschreibungen (8)
- Reform der Gesetzgebung betreffend „Impaktstudien“ (98)
- Erstellung modellhafter Lastenhefte im Baubereich (100)
- Reduktion der Lärmbelastung (103)
- Verbesserung der Abfallwirtschaft (104)
- Bodenschutz verstärken (105)
- Maßnahmen zur Sanierung von Altlasten sicherstellen (106)
- Bekämpfung der „Lichtbelastung“ (107)
- Erstellung eines Katasters für elektromagnetische Wellen (108)
- Reform des Kommodo-Inkommodo-Gesetzes (109)

Das Nachhaltigkeitsministerium setzte die Bestrebungen der vorherigen Regierung, die Umweltverwaltung zu reformieren, um, was als begrüßenswert anzusehen ist, und eine wichtige Voraussetzung für die weitere Arbeitsweise des Ministeriums darstellt. Auch wenn genau evaluiert und verfolgt werden muss, ob die Reform die erwünschten Resultate bringt oder ob Nachbesserungen notwendig sind. Einige Regierungsversprechen wurden angegangen, wobei jedoch im Konkreten noch nichts im Detail erkennbar ist: Ein erster Gesetzesentwurf zur Umsetzung der Direktive betreffend die Beschaffung im öffentlichen Bereich wurde vorgelegt, an der Erstellung modellhafter Lastenhefte wird gearbeitet. Am Plan zur Reduktion der Lärmbelastung, ebenso wie an demjenigen

zur Reduktion der Luftbelastung wird nach Angaben des Ministeriums derzeit ebenfalls gearbeitet, Genauereres ist aber nicht bekannt. Der Bodenschutz soll verbessert, der Altlastenkataster überarbeitet werden, an der Erstellung eines Planes zur Erfassung der Lichtverschmutzung wird gearbeitet ...

Insofern: in der Umweltpolitik befindet sich recht vieles in Arbeit; eine Analyse der geleisteten Arbeit bzw. ihrer konkreten Auswirkungen in der Praxis kann somit derzeit noch nicht erfolgen.

**Die Umweltpolitik muss nun, nach Jahren der Konzeption in Verwaltung und Ministerium endlich nach Außen getragen und verstärkt mit Leben gefüllt werden!**

# Landwirtschaft: mehr denn enttäuschender Zwischenstand

## Nicht angegangen

- Zukunftsforum Landwirtschaft und Verbraucher einrichten (84)
- Überarbeitung des Flurbereinigungsgesetzes (93)
- Schaffung eines Kompetenzzentrums Landwirtschaft (95)
- Reduktion der Vielfalt an „Labels“ (97)

## Erste Phase der Umsetzung

- Ausweisung von schutzwürdigen landwirtschaftlichen Flächen (29)
- Verwendung von regionalen- und Biolebensmitteln in öffentlichen Infrastrukturen (85)
- Ausbau der Gemüse- und Obstproduktion (87)
- Förderung des Biolandbaus (88)
- Reduktion des Pestizidgebrauchs (89)
- Schutz von wertvollem landwirtschaftlichem Boden (90)
- Förderung der energetischen Nutzung von Biomasse (92)
- Einführung eines Bodenschutzgesetzes (94)
- Tierschutz voranbringen (96)

## Zweite Phase der Umsetzung

- Weiteres „Nein“ zur Gentechnologie (91)

## Umgesetzt

- Umsetzung des Planes für ländliche Entwicklung (86)

Von der verstärkten Verwendung von regionalen und Biolebensmitteln in öffentlichen Infrastrukturen über ein „Zukunftsforum Landwirtschaft und Verbraucher“, die Reduktion der Vielfalt an Labels, der Überarbeitung des Flurbereinigungsgesetzes bis zur Schaffung des Kompetenzzentrums Landwirtschaft „... bis dato wurde keine der angekündigten Maßnahmen reell angegangen.

Der Plan für die ländliche Entwicklung ist in einer Reihe von Bestimmungen vom Mouvement Ecologique, aber auch von anderen Akteuren, wiederholt kritisiert

worden. „Lediglich“ ein Gesetzesprojekt zum Tierschutz wurde vorgelegt, ebenso wie ein höchst umstrittener Entwurf eines nationalen Aktionsplanes Pestizide (dies mit jahrelanger Verzögerung gegenüber EU-Vorgaben).

**Die Landwirtschaftspolitik weist aus Nachhaltigkeitssicht gravierende Defizite auf und wird derzeit in keinster Form den Vorgaben des Koalitionsabkommens gerecht.**



# Wasserwirtschaft: trotz gewaltigem Handlungsbedarf stehen nicht ausreichend Mittel zur Verfügung

## Erste Phase der Umsetzung

- Zeitgemäße Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (110)
- Verbesserung der Zusammenarbeit auf der Ebene der Wasserwirtschaft (111)
- Verstärkten Wasserschutz gewährleisten (112)
- Aufstockung der finanziellen und personellen Ressourcen (113)

Wichtigster Fortschritt unter dieser Regierung ist sicherlich, dass das Wasserwirtschaftsamt in das Nachhaltigkeitsministerium übertragen wurde. Bleibt aber die Tatsache, dass der Handlungsbedarf gewaltig ist (z.B. befinden sich nur 2 der insgesamt 102 natürlichen Oberwasserkörper in einem guten ökologischen Zustand und sogar alle in einem schlechten chemischen Zustand) und nach wie vor Defizite in der Praxis bestehen: von der Zusammenarbeit zwischen Akteuren bis hin zu einem effi-

zienten Wasserwirtschaftsplan. Auch die Aufstockung der finanziellen und personellen Ressourcen erfolgte noch nicht in ausreichendem Ausmaß.

Wasser ist DIE Lebensgrundlage für den Menschen. Insofern ist es schlichtweg unerlässlich, die Strukturen erheblich zu verstärken und dem Wasserschutz eine noch weitaus größere Priorität in der Regierungsarbeit einzuräumen.



# Gesundheitspolitik: muss noch als "Richtschnur" für die Regierungspolitik verankert werden

## Nicht angegangen

- Förderung des „bien – être“ (114)

Im Mecoskop wird im Gesundheitsbereich nur eine Vorgabe aus dem Mecoskop übernommen: die Förderung des "bien-être". Dieser kommt in der Tat eine Sonderstellung zu, geht es doch darum, den Paradigmenwechsel zu vollziehen, dass Gesundheit mehr ist als das Bekämpfen von Krankheiten. Es geht um Wohlbefinden und um das vorbeugende Vermeiden von Krankheiten. Dies bedeutet u.a. ein gesundes Arbeits- und Wohnumfeld zu sichern, eine Reduktion von potentiell gesundheitsschädlichen Belastungen zu gewährleisten..

Leider spielt das Gesundheitsministerium in diesen Bereichen - so zumindest der Blick von

außen - immer noch eine untergeordnete Rolle.

Eine aktive Rolle an der Erstellung des Entwurfs des Aktionsplanes Pestizide bzw. eine klare diesbezügliche Positionierung des Ministeriums sind nicht erkennbar. Ebenfalls ist nicht erkennbar, dass gemeinsam mit Gemeinden (und Innenministerium) im Sinne eines gesundheitsfördernden Wohnumfeldes gearbeitet wird.

**Der Stellenwert des Gesundheitsministeriums in grundsätzlicheren gesellschaftlichen Fragestellungen müsste erhöht werden, um dem Anspruch aus dem Koalitionsabkommen gerecht zu werden.**

## Wachstumsfrage, demokratischer Wandel, nachhaltige Entwicklung: Die Entwicklung von Zukunftsvisionen als grundlegende Herausforderung!

Vergleicht man die Umsetzung der Regierungsversprechen zur Hälfte der Legislaturperiode mit jener der vorherigen Regierung, so scheint zu diesem Zeitpunkt - in einer ersten Einschätzung - vergleichsweise „mehr in Bewegung“ zu sein. Außer im Bereich „Landwirtschaft“, in dem die Halbzeitbilanz besonders ernüchternd ausfällt, wurden eine ganze Reihe von Regierungsversprechen angegangen, auch wenn sich die Mehrzahl noch in der Anfangsphase der Umsetzung befindet.

**Vieles wird demnach von der zweiten Hälfte der Legislaturperiode abhängen, sowohl was letztlich die Umsetzung der Regierungsvorgaben selbst, als auch die Qualität deren Umsetzung betrifft.**

**Dieser a priori eher positive Blick auf die bisher geleistete Regierungsarbeit muss jedoch ergänzt werden durch eine kritische Analyse grundsätzlicher Aspekte.**

So lobenswert Maßnahmen in einer ganzen Reihe von Politikbereichen auch sein mögen, so hat man zunehmend das Gefühl, als ob auch diese Regierung fundamentalere Fragestellungen - die aber de facto entscheidend sind für die Gestaltungsfähigkeit der Regierungsarbeit - bei weitem noch nicht konsequent genug angeht.

Es gilt somit die bereichsübergreifenden Herausforderungen, die in erster Linie auch eine interministerielle Zusammenarbeit erfordern, genauer unter die Lupe zu nehmen.



### Grundlegenden Diskussionsprozess über die Zukunft Luxemburgs, sein Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell sicherstellen!

Die Landesplanung konzentrierte sich in der ersten Hälfte der Legislaturperiode darauf, mit geeigneten Instrumenten (sektorielle Pläne, Reform des Landesplanungsgesetzes,...) das kontinuierliche Wachstum bestmöglich *organisieren* zu wollen.

Das Ministerium bzw. die Regierung als solche erwecken derzeit nicht den Anschein, als ob sie - mittels bestimmter Stellschrauben - dieses Wachstum steuern oder regulieren möchten. Die sog. Rifkin-Studie legt - bei aller Bedeutung, die sie haben könnte - eher den Fokus auf technologische und organisatorische Entwicklungen, als auf ein Hinterfragen der Wachstumsorientierung als solche.

**Die Sicherstellung einer fundierten, strukturierten und extern moderier-**

**ten Debatte über die wünschenswerte Entwicklung Luxemburgs (1,2 Millionen Einwohner?) darf jedoch nicht länger verschoben und muss zu einer absoluten Regierungspriorität werden.**

Der Mouvement Ecologique hat in diesem Zusammenhang die Aussagen von Nachhaltigkeitsminister François Bausch in Bezug auf die Organisation eines Zukunftstisches in einer Tageszeitung zur Kenntnis genommen. Laut diesen Aussagen soll im November während 2 Tagen die Wachstumsfrage im Fokus von Vorträgen und Rundtischgesprächen stehen. So positiv es ist, dass darüber nachgedacht wird das Thema aufzugreifen, so sollte das Prinzip der Vorgehensweise jedoch überdacht werden. Dabei drängen sich u.a. folgende Überlegungen auf: Statt eines

„Zukunftstisches“ braucht es einen regelrechten strukturierten Prozess, der sich über eine gewisse Zeitspanne entwickelt. Ein solcher Prozess muss auf fundierten Fakten und möglichen Zukunftsszenarien gründen, die sowohl soziale, ökonomische und ökologische Elemente beinhalten und deren mittelfristiges Zusammenwirken abbilden.

Eine Veranstaltung mit „Event-Charakter“ erfüllt nach Ansicht des Mouvement Ecologique diesen Anspruch nicht!

Nach dem Motto „Der Weg ist das Ziel“ sollte gerade auch die Vorgehensweise im Vorfeld mit allen Akteuren besprochen werden.



## Den demokratischen Wandel konsequent(er) fördern

Das Aushängeschild par excellence der neuen Regierung war es ohne Zweifel, dass durch die Förderung eines verstärkten gesellschaftlichen Diskurses ein „politisches Renouveau“ erfolgen sollte. Eine neue Diskussionskultur, ein breiter, ergebnisoffener Austausch zwischen den gesellschaftlichen Akteuren und den BürgerInnen waren wesentliche Stichworte in diesem Zusammenhang.

Nach der z.T. „gebrochenen Dynamik“ aufgrund der Vorgehensweise bzw. der Resultate des Referendums, wäre es nun an der Zeit, dieses „Renouveau“ verstärkt zu verfolgen. So wichtig eine verbesserte Informationspolitik von Regierungsseite auch ist, sie ersetzt keine partizipativen Prozesse!

Eine offensive Kommunikationspolitik (die noch immer nicht ausreichend ge-

geben ist), ein freier Zugang zu Informationen, der verbesserte Schutz von Whistleblowern, eine neue Form des Austauschs mit der Zivilgesellschaft u.a.m. - diese Ziele gilt es in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode mit desto mehr Schlagkraft anzugehen.

**Diesen „Demokratisierungsschub“ im Hinblick auf eine neue Beteiligungskultur gilt es weiter zu entwickeln.**



## Maßnahmen in politischen Teilbereichen verlieren ohne veränderte Rahmenbedingungen an Schlagkraft!

Wenn die Dienstwagenbesteuerung angegangen wird, ist dies sicherlich sinnvoll. Wenn der nationale Aktionsplan Naturschutz fortentwickelt wird, ebenfalls.

Doch: **wichtige und sinnvolle punktuelle Maßnahmen - wie die genannten - ersetzen keine notwendigen strukturellen Reformen.** Zwei Beispiele, die diese Herausforderung illustrieren:

- Es wurde bis dato verpasst, eine **Steuerreform** durchzuführen, die reell die Bezeichnung „nachhaltig“ verdienen würde. Zwar wurden einige wenige isolierte Verbesserungen in die Wege geleitet, eine regelrechte Reform - in dem generell der Umweltverbrauch stärker und soziale Faktoren weniger besteuert werden - fand aber nicht statt. Dabei ist z.B. gewusst, dass in Luxemburg der Faktor Arbeit überstark belastet wird,

Umweltbelastungen und Ressourcenverbrauch vergleichsweise wenig. Gemäß einer vom Mouvement Ecologique beim Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft in Auftrag gegebenen Analyse, stammen lediglich 5,3% der Einnahmen aus der Belastung des Faktors Umwelt und sage und schreibe 50,4% aus der Belastung des Faktors Arbeit (21,2% Faktor Kapital) (2014). Wer eine nachhaltige Entwicklung will, wer ein Umdenken mit finanziellen Anreizen begleiten möchte, muss die Rahmenbedingungen entsprechend ausrichten: Dies ist bis jetzt noch nicht erfolgt!

- Der an sich gute Aktionsplan „Schutz der natürlichen Umwelt“ krankt - in seiner Umsetzung - derzeit an der mangelhaften Aufgabenteilung zwischen den Akteuren (Ministerium,

Naturverwaltung, Gemeinden, Naturschutzsyndikate ...). Er verliert somit bedeutend an Schlagkraft und seine Umsetzung erfolgt nicht unbedingt nach den notwendigen Prioritäten. Wer also den Naturschutz wirklich vorantreiben will, muss sich diesem „heißen Eisen“ der Strukturen widmen. Ähnliches gilt eigentlich auch im Wasserwirtschaftsbereich...

**Diese Liste liesse sich problemlos ergänzen: Nachhaltige Entwicklung als Leitbild, Gesundheitspolitik als ministerienübergreifende Aufgabe, grundsätzliche Reorientierung der Landwirtschaftspolitik statt Flickwerk... Sie alle illustrieren exemplarisch den Bedarf nach grundsätzlicheren Reformen.**



## Forderung nach einer verstärkten Kohärenz der Politikgestaltung

---

Ein weiterer zentraler Anspruch der jetzigen Regierung betraf die verstärkte Kohärenz der Politikgestaltung und die Abstimmung zwischen Ministerien durch eine verbesserte interministerielle Kooperation und Absprache.

In der Kommunikationsstrategie der Regierung wird dies berücksichtigt: vielfach werden Pressekonferenzen auf interministerieller Basis abgehalten. Und in einer Reihe von Bereichen u.a. Klima / Energie / nachhaltige Bauweisen sind durchaus Fortschritte zu verzeichnen.

Dies gilt jedoch nicht für Bereiche, in denen ein größeres politisches Konfliktpotential besteht: so u.a. zwischen

Landwirtschaft und Naturschutz: es ist de facto nicht nachzuvollziehen, dass das Umweltministerium den äußerst mangelhaften Aktionsplan „Pestizide“ oder den „Plan für eine ländliche Entwicklung“ mitträgt. Die vor kurzem vorgestellten „assises de l’agriculture“ zwischen Landwirtschafts- und Umweltministerium sowie den Vertretern der Landwirtschaftsverbände zeigen zudem das Zaudern auf, das besteht, um auch Akteure der Zivilgesellschaft in einen solchen Prozess einzubinden (der als „Zukunftsforum Landwirtschaft“ im Koalitionsabkommen vorgegeben ist...

Auch das Zusammenspiel zwischen Landesplanung und kommunaler Entwick-

lung scheint derzeit noch ein gewisses Konfliktpotential zu begreifen...

**Dass eine verstärkte interministerielle Zusammenarbeit im Begriff ist sich zu festigen, ist nicht zu leugnen. Doch es gilt, diese gerade in den Bereichen zu vertiefen, in denen - u.a. aufgrund von Lobbys - unterschiedliche Interessenlagen vorherrschen, diese dann auch öffentlich zu benennen und einem nachvollziehbaren, transparenten gesellschaftlichen Diskurs zu unterwerfen.**

## Schlussfolgernd kann festgehalten werden:

---

Das Angehen der Regierungsversprechen ist positiv zu werten. Es müsste der Regierung nun gelingen, sich in der zweiten Legislaturperiode effektiv aus alten Denkschemen herauszulösen (Stichwort: Logik des Wirtschaftswachstums, Form der Politikgestaltung)



## De Mouvement Ecologique lieweg, kritesch, engagéiert

Zesumme méi staark fir d'Ëmwelt

Déi maachen eng wichteg Aarbecht...!  
Gudd, datt et de Mouvement  
Ecologique gëtt...

Das denkt sicherlich so mancher, der den Mouvement Ecologique kennt. Doch: der Mouvement Ecologique braucht Mitglieder!

### Dies aus mehreren Gründen:

- Mehr Mitglieder finden auch in den verantwortlichen politischen Kreisen Beachtung. Es wird durchaus bemerkt, wenn eine Organisation Zustrom kennt... Somit: mehr Mitglieder erhöhen die Chance, noch mehr für Mensch und Umwelt zu erreichen.
- Mehr Mitglieder bürgen auch für eine solide finanzielle Basis. Jedes Mitglied erhöht die finanziellen Möglichkeiten des Mouvement Ecologique, erlaubt ihm, noch aktiver zu werden in seinem Engagement – und stärkt nicht zuletzt auch die finanzielle Unabhängigkeit vom Staat.
- Mehr Mitglieder erlauben aber auch den Service für die Mitglieder auszubauen, dank neuer Mittel.

### Deshalb: Werden Sie Mitglied!

Mitglied können Sie werden durch Überweisen von 50.- auf das CCP IBAN LU16 1111 0392 1729 0000 oder BCEE IBAN LU20 0019 1300 1122 4000 des Mouvement Ecologique (75.- für einen Haushalt, 20.- für Arbeitslose, Jugendliche).

Gerne schicken wir Ihnen auch weitere Infos gratis zu (Aktivitätsbericht, Mitgliederzeitschrift usw.) oder beantworten Ihre Fragen zum Mouvement Ecologique: [meco@oeko.lu](mailto:meco@oeko.lu) – Tel. 439030-1.

## Mecoskop: Wir brauchen Ihre Spenden!

### Spenden

Damit das Mecoskop fortgeführt werden kann, ist der Mouvement Ecologique auf Spenden angewiesen. Spenden an die Stiftung ÖkoFonds sind aber auch notwendig, damit sich der Mouvement Ecologique weiter dafür einsetzen kann, dass Versprechen der Regierung im Sinne der nachhaltigen Entwicklung auch umgesetzt werden.

### Von den Ideen zur konkreten Umsetzung

Vernetztes Denken fördern, Wirtschaft und Ökologie miteinander verbinden, Ideen für eine zukunftsweisende Mobilität unterstützen, Umweltbildung, nachhaltige Siedlungspolitik: Mit Ihrer Spende unterstützen Sie Pilotprojekte die der Mouvement Ecologique in all diesen Bereichen durchführt. Sie können unsere Arbeit mittels Einzelspende oder Dauerauftrag mit dem Vermerk "Mouvement Ecologique" unterstützen. Auch bei Geburten, Geburtstagen, Hochzeit oder Todesfall bietet sich Ihnen die Möglichkeit Spenden an die Stiftung ÖkoFonds zu übermitteln. Spenden an die Stiftung ÖkoFonds sind steuerlich absetzbar. Für weitere Informationen können Sie uns gerne kontaktieren: Tel. : 43 90 30 - 50 / [oeko-fonds@oeko.lu](mailto:oeko-fonds@oeko.lu) / [www.oeko.lu](http://www.oeko.lu)



Spenden an die Stiftung Ökofonds sind steuerlich absetzbar.

Unsere Konten:

CCPL: LU96 1111 0734

1886 0000

BCEE: LU31 0019 1100

4403 9000

[www.meco.lu](http://www.meco.lu)